Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin Ausschuss für Finanzen

Schwerin, 2012-11-26 Bearbeiter/in: Frau Arlt

Telefon: 545 - 1442

e-mail: IArlt@schwerin.de

Protokoll

über die 66. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen - Sondersitzung - am 08.11.2012

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Ort: Rathaus /Ratssaal) Am Markt 14

19055 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzende

Pelzer, Karla entsandt

durch SPD-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Schmidt, Stefan entsandt durch Fraktion DIE LINKE

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bandlow, André entsandt durch SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Janker, Anja entsandt

durch Fraktion DIE LINKE

Müthel-Brenncke, Dorin entsandt

durch CDU/FDP-Fraktion

Steinmüller, Rolf entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger Tanneberger, Gerd-Ulrich entsandt

durch CDU/FDP-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Haacker, Frank entsandt

durch CDU/FDP-Fraktion

Hoppe, Eberhard entsandt

durch SPD-Fraktion

<u>Verwaltung</u>

Buck, Holger Joachim, Martina Kleimenhagen, Michael Maddauss, Karen Niesen, Dieter Petznick, Bärbel

Leitung: Karla Pelzer

Schriftführer:Ingrid Arlt

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
- 2. Bestätigung von Sitzungsniederschriften
- 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 62. Sitzung vom 20.09.2012 (öffentlicher Teil)
- 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 63. Sitzung vom 18.10.2012 (öffentlicher Teil)
- 2.3. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 64. Sitzung vom 25.10.2012 (öffentlicher Teil)
- 3. Mitteilungen der Verwaltung
- 4. Beratung von Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushalt 2012 Haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 51 Kommunalverfassung KV M-V Vorlage: 01288/2012/1
- 5. Beratung des Hpl Entwurfes 2013

5.1. Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2013

hier: Wiedervorlage der Beratung zum TH 05 - Schule und Sport und TH 04

- Jugend

Vorlage: 01268/2012

6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Frau Pelzer eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die vorgelegte Tagesordnung wird bestätigt.

- zu 2 Bestätigung von Sitzungsniederschriften
- zu 2.1 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 62. Sitzung vom 20.09.2012 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Dem Protokoll wird ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

zu 2.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 63. Sitzung vom 18.10.2012 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Dem Protokoll wird ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

zu 2.3 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 64. Sitzung vom 25.10.2012 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Dem Protokoll wird ohne Änderungen zugstimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Herr Niesen informiert über den Entwurf des Erlasses zur Haushaltssatzung 2012 und erklärt den Anwesenden, dass das Gesprächsangebote durch die Verwaltungsspitze angenommen werde.

zu 4 Beratung von Beschlussvorlagen

zu 4.1 Haushalt 2012 - Haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 51 Kommunalverfassung - KV M-V

Vorlage: 01288/2012/1

Bemerkungen:

Herr Bandlow erklärt, dass eine haushaltswirtschaftliche Sperre nur bei einem beschlossenen und durch die Kommunalaufsicht genehmigten Haushaltsplan zum Tragen käme. Da aber die Haushaltsgenehmigung-durch die Kommunalaufsicht nach der bis heute geführten Korrespondenz und der sich in der Anhörung befindlichen 'beabsichtigten Entscheidung' nicht zu erwarten ist, steht die Sinnhaftigkeit dieses Beschlusses mehr als in Frage.

Das Schreiben der Kommunalaufsicht sagt klar aus, dass die durch die LH beabsichtigte Sperre nicht ausreichend ist und es der Vorlage einer neuen Haushaltssatzung 2012 mit konkreter Einsparvorgabe durch die StVV bedarf.

Herr Bandlow erklärt, dass eine haushaltswirtschaftliche Sperre nur bei einem beschlossenen und durch die Kommunalaufsicht genehmigten Haushaltsplan möglich ist. Da aber die Haushaltsentscheidung durch die Kommunalaufsicht beanstandet wurde, gilt noch die vorläufige Haushaltsführung. Das Schreiben der Kommunalaufsicht sagt klar aus, dass die durch die LH vorgelegte Sperre nicht ausreichend ist und es der Vorlage einer neuen Haushaltssatzung 2012 mit der Einsparvorgabe des Landes bedarf.

Herr Schmidt fügt an, dass ein neuer StV Beschluss im Dezember 2012 zum Hpl 2012 sehr uneffektiv und unrealistisch erscheint.

Frau Müthel-Brenncke bittet um schnelle Ideen und Entscheidungen und für die langfristige Entwicklung –also ab 2013 - strukturelle Überlegungen und Veränderungen des Haushaltes. Die Vorlage einer Einsparung in Höhe von 6 Mio € ist für sie nicht das Ergebnis einer sparsamen Haushaltsführung.

Herr Niesen bittet die Anwesenden um Zustimmung der Vorlage, denn ein Aussetzen der Beratung würde keine Probleme lösen. In der Verwaltungsspitze wird es morgen nochmals eine Beratung zu Einsparmöglichkeiten geben.

Beschluss:

- Die Stadtvertretung erklärt das Einvernehmen, für das Haushaltsjahr 2012 eine Haushaltssperre im Volumen von insgesamt 6.013.000 EUR beim planmäßigen Aufwand für Sach- und Dienstleistungen in Nr. 13 der Ergebnisrechnung und den Sonstigen laufenden Aufwendungen in Nr. 18 der Ergebnisrechnung nebst der vorgeschlagenen Kompensationsmöglichkeiten entsprechend der in der Anlage dargestellten Höhe zu verfügen.
- 2. Über die Inanspruchnahme gesperrter Beträge im Einzelfall entscheidet die Oberbürgermeisterin und bei Beträgen über 50.000,- EUR der Finanzausschuss. Eine Freigabe gesperrter Beträge ist nur nach Maßgabe der Regelungen des § 49 KV M-V möglich.
- 3. Soweit Haushaltsansätze nicht freigegeben werden (gesperrte Ansätze und abgelehnte Freigaben) stehen die korrespondierenden Auszahlungsansätze zur Bewirtschaftung nicht zur Verfügung.
- 4. Die Oberbürgermeisterin stellt sicher, dass die haushaltswirtschaftliche Sperre mit Veröffentlichung der Haushaltssatzung in Kraft tritt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 4

Die Ausschussvorsitzende kommentiert das Abstimmungsergebnis im Hinblick auf den Erkenntnisgewinn des Gremiums und weist auf das Abstimmungsergebnis zur ursprünglichen "Sperrvorlage" hin.

zu 5 Beratung des Hpl Entwurfes 2013

zu 5.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2013

hier: Wiedervorlage der Beratung zum TH 05 - Schule und Sport und TH 04 -

Jugend

Vorlage: 01268/2012

Bemerkungen:

Die Beratung zum TH 05 wird vom 01.11.2012 heute fortgesetzt.

Frau Joachim informiert eingangs darüber, dass die seit 2006 beschlossene Entgeltordnung derzeit überarbeitet werde und für 2013 eine Novellierung zu erwarten ist.

Durch Herrn Bandlow wird diese Information positiv bewertet, er bringt aber auch zum Ausdruck, dass er von allen Bereichen der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatung perspektivisch strukturelle Ergebnis verbessernde Informationen dieser Art erwarte.

Auf die Frage von Herrn Steinmüller, ob man aufgrund des Abrisses der Schwimmhalle Großer Dreesch 2013 Kostenreduzierungen bei Strom- und Wasserkosten vorgenommen habe erklärt Frau Joachim, dass der vorliegende Entwurf vom 19.09.2013 derzeit noch überarbeitet werde und die Änderungen in geeigneter Form ins Verfahren nachgesteuert werden.

Auf Nachfragen im Zusammenhang mit Personal welches zeitweise keine Aufgaben im Zusammenhang mit dem Abriss der Schwimmhalle haben wird erklärt Herr Niesen, dass es bereits Überlegungen gebe, wie das Personal in Kitas oder Schulen übergangweise eingesetzt werden könnte, um somit externe Vergaben einzuschränken und damit Kosten einzusparen.

Im Produkt Schwimmhalle wird eine Verbesserung von ca. 300 T€ zu erwarten sein. Der FinA sieht den entsprechenden Änderungslisten der Verwaltung mit Interesse entgegen und gibt seiner Hoffnung Ausdruck diese bis zum 06.12.12 zu erhalten.

Im Schulbereich wird auf Frage von Herrn Bandlow durch Herrn Buck erklärt, dass es noch keine Planungsrechtlichen Grundlagen gäbe, um die Schulbedarfsplanung mit Einbeziehung der Inklusion fortzuschreiben.

Auf die Frage von Herrn Bandlow, ob verwaltungsseitig darüber nachgedacht wurde den Schulunterricht später zu beginnen und in Folge dessen Kitakosten einzusparen erklärt Herr Buck, dass den Beginn des Unterrichtes immer die Schulkonferenz festlege. Ob es mit diesem Vorschlag einen Einspareffekt gibt, kann ohne nähere Prüfung nicht beantwortet werden.

Der FinA äußert ausdrücklich den Wunsch, dass dies zeitnah untersucht und geklärt wird.

WV: spätestens zur gemeinsamen Sitzung von FinA und HA vor Beschluss der Haushaltssatzung 2013!

TH 04 - Jugend

An Hand einer Präsentation erläutert Herr Niesen den TH 4 mit den entsprechenden Produkten, nachdem Herr Kleimenhagen auf zweifaches Befragen der Vorsitzenden erklärt, hierauf nicht vorbereitet und nicht auskunftsfähig zu sein.

Beim Produkt 36303 – Hilfen zur Erziehung erklärt Herr Kleimenhagen, dass eine Sperre von 5 % für 2012 aufgrund des zeitlichen Ablaufs nicht möglich sei. Bei Umsetzung der Sperreverfügung würden keine Mittel für Hilfe zur Erziehung mehr angewiesen werden können.

Auf die Frage von Frau Müthel-Brenncke, in welcher Höhe Präventionsarbeit geleistet werde bei einem Volumen für HzE in Höhe von 13,5 Mio € erklärt Herr Kleimenhagen, dass Jugend- und Schulsozialarbeit in Höhe von 50 T€ präventiv seien.

In dem Zusammenhang stellt Herr Bandlow die Frage wie erreicht werden kann, dass die Freien Träger kostengünstiger arbeiten.

Herr Bandlow verweist bei den wesentlichen Produkten erneut auf die fehlenden Kennziffern und bittet um Nachreichung.

Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder wird durch Herrn Kleimenhagen der Fallverlauf erklärt, wann freie Träger einbezogen werden und wer letztendlich die Entscheidungen trifft. Das Verfahren erfüllt die Ausschussmitglieder mit SORGE.

Herr Niesen erklärt dazu, dass seit Mai der Bereich personell gut aufgestellt sei. Deshalb ist es möglich bei HzE das Hilfeplanverfahren zu qualifizieren, insbesondere vor dem Hintergrund der finanziellen Situation. Bei einem Rückgang der Kinderzahlen muss eine Einsparung auch bei HzE ankommen, wie durch die Ausschussmitglieder bereits thematisiert.

Diese ist aber an Hand der Zahlen für die Ausschussmitglieder nicht ersichtlich, bemerkt die Ausschussvorsitzende.

Auf Nachfrage zu Fallzahlen erklärt Herr Kleimenhagen, dass etwa 200 Fälle pro Jahr zur Entscheidung vorliegen und eine Betreuungszeit im Durchschnitt von 2 Jahren bestehe.

Abschließend weist Herr Kleimenhagen auf den Bericht Hilfe zur Erziehung hin, indem Fallzahlentwicklungen usw. aufgeführt sind.

| zu 6 | Sonstiges | |
|------------|-----------|------------------|
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| gez. Karla | Pelzer | gez. Ingrid Arlt |

| | _ | |
|---------------|---|--------------------|
| Vorsitzende/r | | Protokollführer/in |